

20. AUG. 25 0 p 364

Gärtner-Zeitung

Organ des Verbandes der Gärtner und Gärtnerelarbeiter, Sitz Berlin
Veröffentlichungsblatt der Gärtner-Krankenkasse (Ersatzkasse) Sitz Hamburg

Bezugspreis vierteljährlich durch die Post 1,50 M. | Schriftleitung: Berlin S 42, Luisenpark 1. Tel. Mpl. 3725
vierteljährlich durch Streifband 1,80 M. | Postcheckkonto: Berlin 10301, Albert Lehmann | **Erscheint alle 14 Tage Sonnabends**

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Millimeterzeile 0,15 Goldmark. Bei Abschlüssen Rabatt, der nur als Kasserabatt gilt. Verbandsmitglieder zahlen für Gelegenheits-Anzeigen pro Wort 0,10 Goldmark, das leitetgedruckte Überschriftswort 0,30 Goldmark. Die Preise sind freibleibend. Alleinige Anzeigenannahme durch Krieger-Dank G.m.b.H., Berlin SW 61, Belle-Alliance-Str. 16. Fernspr.: Nollendorf 3005 bis 3008. Postcheckkonto Berlin 47910.

Für die Zeit vom 23. bis 29. August und 30. August bis 3. September ist der 34. und 35. Wochenbeitrag fällig.

Anträge zur Generalversammlung.

Anträge zu Punkt 2: Bericht des Vorstandes.

1. Essen (R.) Der Hauptvorstand wird beauftragt, nach wie vor für die Erhaltung unserer Berufsorganisation einzutreten. Sollte der Zeitpunkt für eine Verschmelzung mit einer oder mehreren Organisationen gegeben sein, so kann hierüber nur das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder entscheiden. Einem Mehrheitsbeschluß, wie er auf dem Kongreß in Breslau bezüglich der Industrieorganisation angestrebt wird, ist nicht stattzugeben.
2. Hannover. Der Hauptvorstand wird beauftragt, mit den in Betracht kommenden Verbänden zwecks Bildung eines Lebens- und Genußmittelarbeiter-Industrieverbandes in Verhandlungen einzutreten. Mindestens ist zunächst die Bildung eines Kartells dieser Verbände anzustreben.
3. Königsberg (Pr.). Der Verbandstag möge zu der Anschlußfrage Stellung nehmen und einen Beschluß herbeiführen, welcher eine vollständige Klärung dieser bedeutungsvollen Frage schafft.
4. Wiesbaden. Die Verschmelzung mit dem Landarbeiter-Verband ist in aller Kürze in die Wege zu leiten.

Schriftleitung.

5. Essen (R.). In der Verbandszeitung sind möglichst keine Inserate aufzunehmen.
6. Essen (R.). Die Schaffung eines Umschlages für das Gärtnerei-Fachblatt, der Inserate und sonstige Bekanntmachungen (Veranstaltungen usw.) enthält, ist zu erwägen. Inserate, in denen Mitarbeit der Frau oder ähnliches gefordert wird, sind abzuweisen.

Antrag zu Punkt 3: Der Stand der Rechtsfrage und die öffentlich-rechtliche Berufsvertretung der Gärtnerei (vgl. Antrag 10.)

7. Fischhausen (Opr.) Der Verband muß mit allen Mitteln die Rechtsgewährlichkeit unseres Berufes zum Gewerbe weiter verfolgen, damit für die Zukunft die Rechte des Gärtners auch wirklich gewährleistet sind.

Antrag zu Punkt 6: Die Lohn- und Tarifbewegungen der letzten Jahre.

8. Göttingen. Es wird Beseitigung der ungerechten Lohnklassenunterschiede des preußischen Verwaltungsarbeitertarifs für Gelernte und Ungelernte gefordert.

Anträge zu Punkt 8: Satzungsberatung.

Name, Sitz und Umfang des Verbandes.

9. Hauptvorstand. § 1, Satz 2 hinzufügen: und Reichsstaat Danzig.

Zweck des Verbandes.

10. Hauptvorstand. § 2 Absatz 2 e soll geändert werden: Einwirkung auf die Gesetzgebung zwecks Unterstellung des gesamten Gärtnereipersonals unter die Schutzbestimmungen für gewerbliche Arbeiter im kommenden Arbeitsgesetzbuch.
11. Absatz 2 g erhält folgende Fassung: Mitwirkung bei der öffentlich-rechtlichen Arbeitsvermittlung.

Mitgliedschaft.

12. Wehlau (Opr.) § 3 Abs. 1 ist wie folgt zu ändern: Dem Verband kann jede in den Handels-, Landschafts-, Guts-, Privat- und Friedhofsgärtnereien, Baum- und Rosenschulen, Staats- und Kommunalgärten, Binderei gegen Lohn und Gehalt tätige Person beitreten.

13. Königsberg (Pr.) Absatz 7. Der Verbandstag möge beschließen, daß den organisierten Lehrlingen das „Gärtnerei-Fachblatt“ kostenlos zugestellt wird, der Verbandsbeitrag aber mindestens 50 Pfg. pro Monat beträgt.

Beitrag.

14. Königsberg (Pr.). § 8 Absatz 1 erhält folgenden Wortlaut: Der Beitrag richtet sich nach dem Einkommen der Mitglieder. Als Wochenbeitrag sind grundsätzlich 120 Prozent eines Studienlohnes zu zahlen.
15. Hamburg. § 9. Der Satz: in Höhe des bisher geleisteten Wochenbeitrages ist zu streichen.
16. Frankfurt a. M. § 9 Absatz 1 erhält folgenden Zusatz: Die Arbeitslosenmarken sind als Entschädigung für die Zeitungslieferung und dergl. mit 10 Pfg. zu bewerten.

Örtliche Verwaltungen.

17. Hauptvorstand. § 13 Absatz 2: Statt 12 Mitglieder ist 20 Mitglieder zu setzen.

Gauverwaltungen.

18. Hauptvorstand. § 19 Absatz 3 erhält folgende Fassung: Jede Verwaltung bis 50 Mitglieder wählt einen Vertreter und für jedes weitere Hundert einen Vertreter.

Hauptvorstand.

19. Hauptvorstand. § 20 Absatz 1 wird wie folgt geändert: Der Hauptvorstand besteht aus neun Personen und zwar dem Vorsitzenden, dem Kassierer, dem Schriftleiter und sechs Beisitzern, von denen fünf im Beruf tätig sein müssen.
20. Absatz 7: Statt „sieben“ wird gesetzt „fünf“.

Verbandsbeirat.

21. Kiel. § 22 Absatz 1 erhält folgende Fassung: Dem Verbandsvorstand steht ein Beirat zur Seite, dieser wird aus vier Vertretern der verschiedenen Landesteile gebildet.
22. Absatz 2: Die Beiratsmitglieder sind aus verschiedenen Bezirken zu entsenden und werden zu diesem Zweck vier Beiratsbezirke gebildet und zwar Norddeutschland einschl. Ostpreußen; Westdeutschland einschl. Hannover; Süddeutschland einschl. Frankfurt a. M.; Mitteldeutschland einschl. Schlesien.
23. Absatz 5: Die Zahl „vier“ ist in „drei“ zu ändern.
24. Absatz 7 erhält folgende Fassung: Erfordern die Verbandsgeschäfte die Hinzuziehung der Gauleiter, so sollen die obigen vier Bezirke abwechselnd je einen Gauleiter entsenden. Diese sind dann zur Berichterstattung in ihren Nachbargauen verpflichtet.
25. Zittau. Der Verbandsbeirat ist auf vier Vertreter zu ermäßigen und hat dieser nach Bedarf, jedoch jährlich mindestens einmal, mit dem Hauptvorstand zur mündlichen Verhandlung zusammenzutreten.
26. Hauptvorstand. Absatz 1 wird hinzugefügt: Für jedes Beiratsmitglied ist ein Stellvertreter zu wählen.

Verbandstag.

27. Hauptvorstand. § 24 Abs. 1: Die Worte „in Berlin“ sind zu streichen und am Schluß anzufügen: Den Ort des Verbandstages bestimmen Verbandsvorstand und Beirat.
28. Absatz 2 wie folgt zu ändern: Auf je 350 Mitglieder entfällt ein solcher, auf einen überschüssigen Teil von 200 Mitgliedern ein zweiter Vertreter. Im Schlußsatz ist für „12“ künftig „10“ zu setzen.
29. Absatz 3. Statt zwei Jahre sind „vier Jahre“ zu setzen.
30. Hamburg. Absatz 1 wie Antrag 27.
31. § 24 Absatz 2 ist so zu ändern, daß auf 350 Mitglieder ein Vertreter, auf den überschüssigen Teil von 200 Mitgliedern ein weiterer Vertreter entfällt.
32. Essen (R.). Absatz 3: Die Vertreter zur Generalversammlung müssen fünf Jahre gewerkschaftlich organisiert sein, davon mindestens drei Jahre in unserem Verband.

33. Hannover. Absatz 3: Delegierte zum Verbandstag sind nur im Beruf stehende Kollegen. Gauleiter nehmen außerdem mit beratender Stimme teil.
34. Hauptvorstand. § 27 wird wie folgt geändert: Am Verbandstag nehmen mit beratender Stimme teil: drei besoldete und drei unbesoldete Hauptvorstandsmitglieder, der Verbandsbeirat, der Vorsitzende des Ausschusses und der in § 33 Absatz 2 bestimmte Rechnungsprüfer.
35. Hamburg. Satz 1 erhält den Zusatz: und die Gauleiter.
36. Hauptvorstand. § 28. Zwischen den ersten und zweiten Satz ist einzufügen: Sie sind der zuständigen Ortsverwaltung zuzuleiten.

Kassen der Ortsverwaltungen.

37. Hamburg. § 35 Absatz 2. Schlußsatz erhält folgenden Wortlaut: Von dem Befund ist der nächsten Mitglieder- oder Vertreter-Versammlung Bericht zu erstatten.
38. Hauptvorstand. § 36 erhält folgenden Absatz 4: Extrabeiträge von Ortsverwaltungen bedürfen der Zustimmung des Verbandsvorstandes.

Streikordnung.

39. Hauptvorstand. § 7 Absatz 1 erhält folgende Fassung: Ein Streik kann nur mit einer Dreiviertelmehrheit der zu diesem Zwecke ausdrücklich einberufenen Versammlung der für den Streik in Frage kommenden Mitglieder beschlossen werden, wenn zwei Drittel dieser anwesend sind
40. Frankfurt a. M. § 7 Absatz 2 ist zu streichen.
41. Frankfurt a. M. § 10 Absatz 1: Die alte Fassung mit der Wartezeit von drei Tagen ist wieder herzustellen.
42. Hamburg. Wie Antrag 41.
43. Hauptvorstand. § 15 Absatz 2 erhält folgende Fassung: In besonderen Fällen kann auf Antrag der betr. Gauverwaltung der Hauptvorstand die Maßregelungsunterstützung für eine längere Dauer gewähren, sie auch erhöhen.
44. Hamburg. Die Dauer der Gebührengelunterstützung wird von zwei auf 4 Wochen heraufgesetzt.
45. Hamburg. § 16 ist so zu ändern, daß die Ortszuschläge bis zu 50% betragen dürfen.
46. Hamburg. § 18 Absatz 3 erhält den Zusatz: „welchen die Hauptkasse trägt“.
47. Hauptvorstand. § 22 Absatz 1: Hinter dem Wort „Versammlung“ ist einzuschalten: „der für den Streik in Frage kommenden Mitglieder.“

Unterstützungsordnung.

48. Hauptvorstand. § 6 Absatz 4 erhält folgende Fassung: Die Berechnung des zustehenden Unterstützungsbetrages erfolgt so: Sämtliche etwa schon bezogene Unterstützungen (Arbeitslosen-, Reise-, Kranken-, Umzugs- und Not-Unterstützungen) werden zusammengerechnet und die Zahl der Unterstützungstage ermittelt. Nicht zur Anrechnung kommen die Unterstützungen, die länger als 260 Beitragswochen zurückliegen. Ergibt sich, daß die zustehende Höchstsumme bereits voll erhoben ist, so muß seit dem letzten Unterstützungsbezug erst eine neue Wartezeit von 52 Beitragswochen erfüllt sein, bevor für weitere 20 Tage Unterstützung bezogen werden kann. Bei einer Mitgliedschaft von mehr als 104 Beitragswochen kann schon nach einer Wartezeit von 26 Wochen die Unterstützung für weitere 10 Tage bezogen werden, nach 52 Wochen für 20 Tage usw.
49. Hauptvorstand. Die Absätze 5, 6 und 7 sind zu streichen.
50. Hamburg. § 8 Absatz 2 wird eingefügt, daß die tägliche Kontrolle nicht notwendig ist, wenn eine Arbeitslosenkontrollkarte eines staatlichen Arbeitsnachweises ausgestellt und zur Kontrolle vorgelegt wird.
51. Frankfurt a. M. § 8 Absatz 3: Es ist einzuschalten, daß bei tageweiser Beschäftigung die Wartezeit erst nach einer Beschäftigung von zwölf Tagen wieder eintritt.

Anträge zu Punkt 9: Erledigung sonstiger Anträge.

52. Hannover. Der Verbandstag wird beauftragt, anlässlich der Jubiläums-Gartenbau-Ausstellung in Dresden 1926 einen Gärtnertag in Dresden zu veranstalten.
53. Königsberg. Der Verbandstag möge der Stellenvermittlung seine besondere Aufmerksamkeit schenken. Es wäre vielleicht durchführbar, daß die Gau- und Ortsverwaltungen gemeinsam mit den städtischen Arbeitsnachweisen aller acht bis 14 Tage ein Zirkular über Stellenangebote und -Nachfragen herausgeben. (Fortsetzung in der nächsten Nummer.)

Zur Tagesordnung der Generalversammlung.

Mit der Aufstellung der vorläufigen Tagesordnung zur diesjährigen Generalversammlung hat der Hauptvorstand die Vorarbeiten für diese begonnen. Soll sie jedoch ihren Zweck in möglichst vollkommener Weise erfüllen, so erscheint es mir notwendig, daß nicht nur der Hauptvorstand, sondern eine größere Zahl von Kollegen sich Gedanken macht über das, was dort behandelt werden soll, und es erscheint mir weiter notwendig, daß vor der Tages-

ordnung eine möglichst eingehende Aussprache über die einzelnen Punkte geführt wird, um so die Entscheidung auf dieser selbst vorzubereiten und zu erleichtern.

Ich möchte zunächst nur zur Tagesordnung selbst einige Bemerkungen machen, und zwar unter einem bestimmten Gesichtspunkt. Es erscheint mir nämlich angebracht, bei deren Aufstellung darauf Bedacht zu nehmen, daß nicht nur die sozusagen alltäglichen Fragen, nicht nur das, was uns immer und überall beschäftigt, zur Sprache kommt, sondern auch einige andere Dinge, die uns vielleicht nicht so unmittelbar nahe liegen, die deshalb aber nicht minder wichtig sind. Verfahren wir gänzlich in der vom Hauptvorstand vorgeschlagenen Weise, so befürchte ich, daß wir uns zu zwei Dritteln auf dem Gebiete von Agitation und Organisation bewegen, und daß dadurch jeder große Zug verlorengelut, um den wir uns nicht nur in jeder Versammlung, sondern auch auf der Generalversammlung bemühen müssen. Ich bin mir wohl bewußt, daß es eine ganze Reihe Dinge gibt, denen kein großer Zug anhaftet, die aber erledigt werden müssen. Ich bin aber auch der Meinung, daß man derartige Dinge in möglichst einfacher Selbstverständlichkeit erledigen sollte.

Als erste der Fragen, die ich im Vorschlag des Hauptvorstandes vermisste, steht mir vor Augen die des Zusammenschlusses der Gewerkschaften zu Industrieverbänden, weil es doch zweifellos die große Masse unserer Mitglieder außerordentlich interessieren würde, zu erfahren, welcher Gruppe unser Verband dann zuzuteilen wäre und welches Mitbestimmungsrecht uns bei diesem Verschmelzungsprozeß gesichert ist. Ich nehme an, daß ich damit bei einem Teil der Kollegen, die aus Berufsgründen Gegner von Industrieverbänden sind, vor allem aber bei denen, die nicht für den Anschluß an die Gruppe „Landwirtschaft“ sind, keine Zustimmung finde. Das ist nicht zu verwundern. Es ist mir aber auch von der anderen Seite entgegengehalten worden, daß es gegenwärtig keinen praktischen Wert habe, darüber zu reden, weil nach der Entwicklung der Dinge im Bundesvorstand und Bundesausschuß mit einem Anschluß an die Landwirtschaft nicht zu rechnen sei, und daß auch auf der Seite der Lebens- und Genußmittelindustrie z. Z. die Erörterungen noch nicht abgeschlossen wären. Beides kann mich jedoch nicht in meiner Auffassung beirren. Ich mache diesen Vorschlag ja nicht deshalb, weil ich der Meinung bin, in diesem Augenblick müsse ein Anschluß an eine dieser Gruppen beschlossen werden, sondern deshalb, weil es mir notwendig erscheint, Klarheit darüber zu schaffen, was wir überhaupt wollen und wie wir uns zum Problem der Neuorientierung der Gewerkschaften, das gegenwärtig alle Verbände beschäftigt, stellen.

Als zweite Frage, über die auf unserem Verbandstag gesprochen werden sollte, betrachte ich die der Betriebsräte. Es ist in unseren Reihen so auffällig still davon geworden, daß man befürchten muß, sie wird stark vernachlässigt. Es wäre aber ein großer Fehler, wenn dieses Recht, das uns zuteil geworden ist, wieder versanden würde. Wäre das der Fall, dann würden wir so leicht nicht wieder dazu kommen. Deshalb darf uns keine Schierigkeit davon abhalten, dieses Recht auch ins Praktische umzusetzen und auszubauen. Dazu muß von der G.-V. ein neuer Anstoß ausgehen, und es erscheint mir deshalb notwendig, daß auch diese Frage auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Schließlich aber, und nicht zuletzt, steht mir noch etwas weiteres vor Augen. Wie man sich auch zur Kriegs- und Nachkriegszeit stellen mag, Tatsache ist, daß innerhalb der letzten zehn Jahre Umwälzungen von großer Tragweite vor sich gegangen sind. Umwälzungen, wie sie sich sonst in Menschenaltern nicht vollzogen haben. Ob es uns angenehm ist oder nicht, die Veränderungen sind vorhanden, und wollen wir auf die Verhältnisse gestaltend einwirken, so müssen wir uns mit ihnen auseinandersetzen. Sie, die veränderten Verhältnisse und Menschen kritisch zu untersuchen, mit ihnen ins Klare zu kommen und Schlüsse für unser Handeln daraus zu ziehen, erscheint mir als Aufgabe der Arbeiterbewegung überhaupt, und auch auf unserem Verbandstage muß davon etwas zu spüren sein. Da es sich hier jedoch um Dinge handelt, die in ihrer Gesamtheit nicht so leicht zu meistern sind, mache ich den Vorschlag, daß der Hauptvorstand dazu einen Referenten etwa mit dem Thema, bestell: „Hat die Gewerkschaftsbewegung neue Aufgaben?“

Die Knappheit der zur Verfügung stehenden Zeit ist mir natürlich wohl bekannt, ich glaube aber, daß bei gutem Willen die übrige Tagesordnung so zusammengedrängt werden kann, daß für die hier vorgeschlagenen Dinge noch Raum bleibt.

R. Freyh, Frankfurt a. M.

3. Deutscher Gartenbautag.

Vom 1.—4. August hielt der Reichsverband des Deutschen Gartenbaues in Düsseldorf seine Sommertagung ab, die wieder eine auf Außenwirkung berechnete Kundgebung war. Allerdings war die Teilnehmerzahl nicht so groß, wie im Vorjahr in Stuttgart, wir haben sie auf annähernd 2000 geschätzt. Der tiefere Grund für diese Zurückhaltung soll nach glaubwürdigen Mitteilungen in der abschreckende Wirkung des „hohen“ Preises von 10 M. für Teilnehmerkarte zu suchen sein. Unsere Garten-Bauern sind aber

— mit wenigen Ausnahmen — nicht zum großzügigen Denken zu bewegen, ihnen sitzt immer noch der „alte Schrot und Korn“, d. h. die bereits in der Lehre eingepfropfte Kleinlichkeit weithin sichtbar im Nacken.

Vor der Haupttagung am 2. August hielten die Spezialverbände der Landschaftler, Spargelzüchter und der Vorstand ihre Sonderberatungen ab, die natürlich nicht öffentlich waren. Die Hauptversammlung selbst bot nichts Neues, sondern bewegte sich im üblichen Rahmen derartiger Veranstaltungen. Zuerst begrüßte der Vorsitzende Schetelig die aus allen Teilen Deutschlands, aus Österreich und Polen Erschienenen, pries dann den deutschen Rhein, seinen Wein und seine Frauen, sprach schüchtern von den „fremden Gästen“, die ihn noch immer besetzt hielten und behauptete schließlich, daß die Tagung im Zeichen der Selbsthilfe stehe, was natürlich nicht zutrif, weil man im Gegenteil geradezu nach Staatshilfe in Form von Schutzzöllen schrie. Die Begrüßungsreden der zahlreichen Behördenvertreter und Parlamentarier gipfelten fast alle im Schutz der Erzeuger, Unabhängigkeit vom Ausland, Bereitstellung von Krediten u. dgl. Nur die Vertreter der Demokraten und Sozialdemokraten betonten, daß es auch noch so etwas wie Verbraucher gäbe, die gerade von den Gärtnern nicht abgeschreckt werden dürften, weil sie sich sonst von den Produkten des Gartenbaues abwenden würden. Alle diese Reden wurden von den Anwesenden mit dem gleichen Beifall belohnt, der sich zu einem Sturm mit Getrappel verstärkte, als Freiherr von Solemacher verkündete, daß die erforderlichen Staatskredite bewilligt seien. Selbsthilfe!

An den „Retter Hindenburg“ wurde ein Telegramm mit freundschaftlichen Grüßen gesandt, was man bei seinem Vorgänger nicht für nötig hielt, weil er sich nicht für Schutzzölle, Mietensteigerung und Garantieangebote an den „welschen Erbfeind“ einsetzte. Bemerkenswert war noch eine Rede des Vertreters der Stadt Düsseldorf, der im Hinblick auf das zu erwartende Städtebaugesetz die weitere Ausweisung von Kleingartenland erhoffte, damit Düsseldorf eine wirkliche Gartenstadt werde. Der österreichische Delegierte überbrachte eine Einladung zur Hundertjahrfeier der dortigen Gartenbaugesellschaft im Jahre 1927.

Regierungsrat Dr. Rieder vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft (auch Reichslandwirtschaftsministerium genannt) bezeichnete den Schutzzoll, also die ungeheure Belastung der Verbraucher, als eine erfreuliche Tatsache, wünschte dann bessere Verpackung der Inlandware, versprach Einführung der Umsatzsteuer auch bei ersten Umsätzen von Auslandsware und Herabsetzung der Bahnfrachten, Herz, was willst du noch mehr? Wozu sich denn noch anstrengen und arbeiten, wenn man auch ohnedem Geld verdienen kann, das den breiten Massen abgezapft wird? Wir werden es uns nicht nehmen lassen, die nunmehr bestimmt einsetzende „Rationalisierung“ der deutschen Gärtnerei scharf unter die Lupe zu nehmen und all die kindischen Versuche zur Verdummung der Verbraucher öffentlich anzuprangern.

Den Schluß der Tagung bildeten neben Referaten des Garteninspektors Löbner über gärtnerisches Versuchswesen und des Gemüsezüchters Tenhaeff über gemüsegärtnerische Fragen die „Wirtschaftspolitischen Betrachtungen“ des Verbandsdirektors Fachmann, die aber ebenfalls nichts Neues brachten, weil sie ganz und gar auf Schutzzoll, die „Selbsthilfe“ der Gartenbauern abgestimmt waren. Was er sonst noch über rationelle Arbeit, Verbilligung der Hilfsmittel usw. sagte, haben Georg Arends, Tillaack, K. G. Schmidt, Grobben u. a. schon so oft erzählt, daß es allmählich langweilig wird, zumal man keine praktische Nutzenanwendung sieht.

Am Nachmittag rollte dann die mit so großer Reklame angekündigte Junggärtnertagung als Posse vor den Augen der erstaunten Mitwelt ab. Wer da glaubte, eine jener gelben Sumpfpflanzen, wie sie der Landbund als Abfallprodukt sozialer Kämpfe achtet, fix und fertig vor sich zu haben, konnte sich eines Lächelns nicht erwehren.

Von den etwa 600 Teilnehmern waren rund 150 Papas, die lediglich als Staffage dienten. Arends jr.-Ronsdorf, ein sehr holpriger Redner, eröffnete mit der großspurigen Erklärung, daß man heute im Begriff stehe, den Reichsverband der Junggärtner zu gründen. Zweck: geistige Schulung, Hebung des Standes, Ehrlichkeit, Ordnung und Sittlichkeit. Alles sehr nette Sachen, mit denen man aber zuerst bei den „alten Herren“ dieser Sölnchen beginnen sollte. Die folgenden Referate der Gartenbauinspektoren Krug-Berlin und Kerz-Wiesbaden legten den Hauptwert auf die fachliche Ausbildung. Gehobene Stellen könne man nur durch den Nachweis entsprechender theoretischer Kenntnisse bekommen, darum nur in anerkannten Betrieben lernen, dann möglichst eine Hochschule besuchen. Endziel: Hochschule!

Herr von Solemacher als Vertreter der Landwirtschaftskammer erhoffte anschließend einen Aufstieg der Jugend und versprach wohlwollende Förderung. Die nachfolgenden Gartenbauern bewegten sich im Sinne der Ermahnungen des alten Tobias an seinen Sohn. Es wurde schauderhaft viel Blech zusammengefasst. Der Redner pries die Ausbeutermethoden seines Lehrherrn über den grünen Meer und schien sie sich wieder zurückzuwünschen. Auch die Redner vertraten die Meinung, daß nur ununterbrochenes Schuften

zum Ziele führe. Sie meinten natürlich ihr eigenes. Einige waren sie sich aber in der Bekämpfung der Politik und der Gewerkschaften, die natürlich den Zirkel ihrer modernen Sklavenhalterei stören. Zum Schluß wieder die theatralische Ermahnung: Deutsch denken, deutsch fühlen und — deutsche Frauen ehren. Wozu gerade das letztere immer wieder hervorgehoben wurde, blieb uns unklar. Entweder ist es wirklich nötig oder — man dachte an seine eigene Jugend und sonstige Seitensprünge. Vielleicht haben auch die Töchter des Volkes verschiedentlich den Jungkrantern im Schäferspiel das abgenommen, was die Herren Väter den Männern des Volkes bei der Tagesfron abgepreßt haben.

Interessant war die Diskussion der Junggärtner. Ein Berliner war enttäuscht, denn er hatte geglaubt, etwas Fertiges vorzufinden, sei aber nur mit schönen Reden abgespeist worden. Ein Kölner verlangte fertige Satzungen und bemängelte, daß die Mainzer Arbeitgeber dem dortigen Fachverein Schwierigkeiten machen. Arends jr. versprach Abhilfe. Bonn wünscht Lehrlinge nur als passive Mitglieder, also als Menschen zweiter Klasse! Daher der Name Junggärtnerbund! München bedauert die mangelhafte Vorbereitung und spricht über den dortigen Verein Hortensia. Ein heller Sachse forderte beschleunigte Zusammenfassung aller Fachvereine, ebenso der Geraer Vertreter. Von verschiedenen dieser jungen Herren erfuhren wir weiter, daß ihr Fahrgeld und ihre Spesen vom Gruppenkassierer des Unternehmerverbandes gezahlt wurden. Also Korruption übelster Art. Jeder aufrecht denkende Mensch wird solche Methoden der Seelenkäuferei stolz von sich weisen, weil sie ein schmieriges Eunucentum großziehen; der Reichsverband aber stellt Räume in seinem Haus, Hilfskräfte und — Geld zur Verfügung, in der Erwartung, den Kulturkampf der Gewerkschaften um Menschenwürde und Freiheit im Arbeitsverhältnis damit aufhalten zu können. Wie niedrig müssen die Syndics dieses Verbandes, die selbst Arbeitnehmer sind, ihre Mitmenschen einschätzen, wenn sie es riskieren, ihnen im Auftrag ihrer Brotherren solches anzubieten. Außerdem scheinen sie aus der Geschichte nichts gelernt oder alles wieder vergessen zu haben, sonst müßten sie wissen, daß ein solches Gebilde keine ewige Lebensdauer hat, weil es an seinen inneren Widersprüchen zugrundegeht. Ein einziger Blick in die Geschichte des 1873 gegründeten, unter der Leitung Paul Gräbners und später Ludwig Möllers stehenden Deutschen Gärtnerverbandes lehrt, daß dieser aus örtlichen Fachbildungsvereinen gebildet, aus Prinzipalen und Gehilfen bestehende Verband nach heftigen Kämpfen zerfiel, weil die austretende Gehilfsenschaft es satt hatte, die Faust in der Tasche zu ballen und weil die Prinzipale den sozialen Fragen ratlos und daher feindlich gegenüberstanden. Man trennte sich schon 1883, weil man immer deutlicher erkannte, daß die natürlichen Gegensätze zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bei dem herrschenden Wirtschaftssystem nicht zu beseitigen sind. Auf diese Weise entstand der Verband der Handelsgärtner und der Allgemeine Deutsche Gärtnerverein, dessen Nachfolger unser heutiger Verband ist. Ungeachtet dieser Tatsachen glaubt man nun heute, das Rad der Zeit wieder um 42 Jahre zurückdrehen zu können. Ein aussichtsloses Beginnen! Wenn auch ab und zu mal ein Rückschlag eintritt, so ist er doch stets nur von kurzer Dauer.

Es sei nur an die vor zwei Jahren in München so überhandnehmende Hakenkreuzerbewegung erinnert, die ihre Ausläufer auch nach Norddeutschland und bis in die Arbeiterschaft erstreckte. Wo ist sie denn geblieben? Sie ist zersplittert, über die Unwahrhaftigkeit ihrer Führer gestolpert, ohne daß es ihr gelungen wäre, den Gewerkschaften nennenswerten Schaden zuzufügen. Im Gegenteil, wir konnten einen festeren Zusammenschluß derer beobachten, die die Gefahr richtig erkannten, und heute haben wir eine ganze Anzahl solcher irreführenden jungen Leute als Mitglieder in unseren Reihen, nachdem ihnen die Erkenntnis gekommen ist, daß sie nur Werkzeuge der Unternehmer sein sollten, da der Nationalismus nur ein Verdummungsmittel für die Masse darstellt.

Man zahle seinen Arbeitern einen anständigen Lohn und behandle sie auch sonst als Mensch, das wirkt viel mehr zur Hebung des Berufs, als alle Zuckerwasservereine der Unternehmer.

Um diesen Kernpunkt des Problems will man sich aber eben drücken und scheut nicht vor der Verächtlichmachung des eigenen Berufs zurück, indem man behauptet, die Gärtnerei sei eben kein Beruf, in dem man so viel verdienen könne wie anderwärts. Dann hat er aber seine Daseinsberechtigung verloren! Wer kann sich denn z. B. den Luxus erlauben, bei Herrn Bernstiel, dem 2. Vorsitzenden dieses Reichsverbandes, für ganze 25 M. monatlich bei freier Station zu arbeiten? Wozu jammert die „Münsterer Zeitung“ in einem anscheinend inspirierten Artikel, daß noch immer gute Kräfte zur Industrie abwandern und daß es höchste Zeit für den Staat sei, Neukulturen, Versuchsgärtnereien usw. zu errichten, um die Leute zu fesseln. Einmal bekämpft man den Staat als Konkurrenten, das andere Mal braucht man ihn als Vorrspann für seine egoistischen Interessen. Das ist die „Selbsthilfe“ unserer Gartenbauern. O, heilige Einfalt!

Gärtnertag in Hamburg.

Die Hamburger Kollegen hatten unsere auswärtigen Kollegen zum Gärtnerstag am 11. und 12. Juli nach Hamburg eingeladen. Diesem Rufe war erfreulicherweise ein großer Teil Kollegen aus Hannover, Dresden, Lübeck, Göttingen, Braunschweig, Kiel, Itzehoe, Malente, Ploen, Charlottenburg und Lüneburg, sowie aus näherer Umgebung Hamburgs gefolgt.

Hoffen wir, daß alle Kollegen von dem, was ihnen in der kurzen Zeit, die zur Verfügung stand, gezeigt werden konnte, befriedigt sind und einem späteren Rufe gern wieder folgen.

Zum Sonnabend, den 11. Juli, war abends im Gewerkschaftshaus ein gemütliches Beisammensein anberaumt. Im Auftrage der Ortsverwaltung Hamburg begrüßte Kollege Runge alle auswärtigen Gäste herzlichst, was allseitig lebhaft erwidert wurde.

Kollege Haucke aus Dresden brachte einen sehr interessanten Festvortrag: „Die Deutsche Gärtnerbewegung im Spiegel der Jahrzehnte“. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen.

Nach einigen Stunden gemütlichen Beisammenseins ging es rechtzeitig in die Quartiere, um am nächsten Tage frühzeitig die Besichtigungen aufnehmen zu können.

Frühmorgens um 7 Uhr fanden sich dann auch die Kollegen wieder zusammen. Erst wurde der Blumenhalle ein Besuch abgestattet, anschließend die großen neuzeitlichen Hamburger Wolkenkratzer amerikanischer Art, das Ballin- und Chilehaus besichtigt und hier den Kollegen ein Bild des modernen Neu-Hamburg gezeigt. Leider waren beide Häuser verschlossen, sodaß eine Innenbesichtigung nicht möglich war. Als Kontrast diesem gegenüber wurde dann ein Teil Alt-Hamburgs mit seinen halb verfallenen, alten Wohnhäusern in Augenschein genommen.

Nachdem noch die Alster und andere Sehenswürdigkeiten besichtigt waren, ging es zum Hamburger Hafen, dem Hauptziel des Tages. Hier stiegen alle zuerst in den Elbtunnel, um dann anschließend die große Hafenumrundfahrt anzutreten. Damit war ein Bild modernen Seeverkehrs geboten, das wohl bei allen besondere Freude ausgelöst hat. Ist doch für die Landratten ein Hafenbetrieb, wie der des Hamburger, als Welthafen mit seinen unzähligen Überseedampfern, immer etwas Überwältigendes. Dasselbe dürfte für die hierauf anschließende Besichtigung des großen Überseedampfers „Deutschland“ gelten.

Nach einem kräftigen Imbiß im Gewerkschaftshaus folgte ein Ausflug nach Hagenecks Tierpark in Stellingen, zum Teil wurde noch der Ohlsdorfer Friedhof und Hamburger Stadtpark besichtigt und dann war die Zeit für die meisten Teilnehmer, leider viel zu früh, abgelaufen. Mit einem fröhlichen „Auf Wiedersehen“ wurde Abschied genommen. Einem kleinen Kreis von Kollegen war es noch vergönnt, am folgenden Tage an einer Dampfertour nach Cuxhaven teilzunehmen.

Leider ist in punkto Zeit und Geldbeutel für unsere Kollegen eine enge Grenze gezogen. So konnte so manches Schöne und Gute nicht gezeigt werden. Hoffen wir, daß dieses bei späterer Gelegenheit nachgeholt werden kann.

Mögen die schönen Stunden, welche wir gemeinschaftlich erleben durften, mit dazu beitragen, daß das Band inniger Kollegialität sich immer fester schließt, zum Vorteil der ganzen Mitgliedschaft.

Allen Kollegen, die unserem Rufe gefolgt waren, für ihr Erscheinen an dieser Stelle nochmals vielen Dank und ein fröhliches „Auf Wiedersehen!“

H. Runge, Hamburg.

Reichsverbandstag der Deutschen Gartenbaubeamten.

In der Zeit vom 3. bis 5. Juli hielt der im Jahre 1922 gegründete Reichsverband der Garten- und Friedhofsbeamten seine diesjährige Hauptversammlung in Breslau ab. Die Tagung war aus ganz Deutschland recht gut besucht. Auch waren Vertreter aller Behörden, sowie der Stadtverordneten und der Landwirtschaftskammer erschienen.

Nach Begrüßungsworten des Vorsitzenden des Verbandes, Bärwald-Chemnitz, sprach Gartenbaudirektor Dannenberg-Breslau über „Forderungen der Neuzeit an öffentlichen Grünanlagen“. Er forderte die Einrichtung von zahlreichen Spielplätzen, Planschwiesen und befürwortete die Anlage von Vorgärten. Parkanlagen müßten in Zukunft in der Mitte mehrere Sportplatzanlagen sowie Spielwiesen enthalten. An einer Reihe von Lichtbildern demonstrierte der Redner, wie solche Anlagen gestaltet werden könnten. Eine Erinnerung an die Jahrhundertausstellung brachte eine Reihe farbiger Bilder.

Über das Thema „Die Betonung der gartenmäßigen Gestaltung und pflanzlichen Ausschmückung der Friedhöfe“ referierte Friedhofsdirektor Erbe-Breslau.

Die Bedeutung des Friedhofs für das Gemütsleben eines Menschen wird in der Allgemeinheit sowohl, wie auch bei Behörden und Gemeinden vielfach unterschätzt. Die Friedhöfe müssen Gärten sein, die räumlich so gestaltet sind, daß sie Gräber

aufnehmen können, ohne daß ihre Schönheit beeinträchtigt wird. Die eingefügten Denksteine müssen mit der Natur und Weise des Ortes zusammenklängen. Dieser letzten Frage ist besondere Bedeutung beizumessen.

Friedhöfe sind zu allen Zeiten Gradmesser der Kultur und der künstlerischen Höhe der Bürgerschaft einer Gemeinde, ja eines ganzen Volkes gewesen. Von einer politischen Gemeinde, in deren Händen das Beerdigungswesen und die Friedhöfe überhaupt liegen müßten, werden für Ausgestaltung eher Mittel zur Verfügung gestellt werden können, als von Kirchenverwaltungen, deren Einnahmequellen nicht besonders reichlich fließen. Der Redner berührte dann die Dezentralisation der Großstadtfriedhöfe. Die großen Totenfelder von 4- bis 500 Morgen und mehr werden, je ausgedehnter, um so unpersönlicher und sollen darum möglichst nicht den Umfang überschreiten, der notwendig ist, um eine gewisse Rentabilität der Anlage zu gewähren. Das Friedhofsproblem ist deshalb am besten zu lösen, wenn wir den Friedhof mit der Volksgemeinde innig verwachsen lassen. Wie jede öffentliche Garten- und Grünanlage muß auch das Friedhofsgelände in dem Stadterweiterungsplan vorgesehen werden.

Eine Besichtigung der Coseler und der Oswitzer Friedhöfe zeigte, wie man hier schon durch die angeführten Richtlinien vorzügliche Wirkungen erzielt hat.

Ein im „Gesellschaftshaus“ auf der Matthiaskunst von Ökonomierat Schindler-Pillnitz gehaltener Vortrag über „Werdengang und Ausbildung der Gartenbaubeamten“ leitete zur Hauptversammlung über. Redner führte aus: Ein Gartenbeamter muß auch technisch durchgebildet sein, wie auch jeder Gärtner den Bürobetrieb beherrschen muß. Bedeutend hat sich auch das Lehrlingswesen geändert, seit 1913 für Preußen Lehrverträge, Lehrzeit usw. festgesetzt worden waren. Gut bewährt haben sich Lehrlingsfahrten, wie sie bereits 1924 in Sachsen durchgeführt wurden. Ein internationaler Lehrlingsaustausch, dem sich Ungarn, Holland und England bereits angeschlossen haben, ist angebahnt. Nach der Lehrzeit aber muß sich der junge Gärtner selbst weiterbilden und vor allem durch Reisen seinen Blick schärfen. Der Redner sprach dann ausführlich über das Schulwesen und bemängelte, daß Prüfungstechnik und Zensurform in den verschiedenen Teiles des Reiches ungleichmäßig sind, was den Übergang von einer Anstalt zur anderen erschwere. Außerdem muß der Aufbau der Fachschulen in Unterrichtsziel und Lehrstoff endlich eine einheitliche Form bekommen, so daß sich eine Unterrichtsanstalt an die andere reiht. Das Ziel ist Lehrgänge zu schaffen, die zunächst als Einführungs- oder Pflichtschulen den jungen Menschen für den Beruf vorbereiten. Die Durchbildung beginnt dann mit der unteren Gartenschule, die mit der Gartenmeisterprüfung abschließt. Mittlere Lehranstalten erziehen diese Gartenmeister wiederum zu Inspektoren, die bei besonderer Befähigung die Lehrberechtigung erhalten. Die höheren Lehranstalten setzen Obersekundareife voraus. Erstrebenswert und heiß umstritten ist der Plan einer Gartenbauhochschule. Bei aller sachgemäßen Fachschulbildung aber hat gerade der Gartenbau in Selbstarbeit das Wesentlichste zu leisten. Viel lehrreiche Anregung geben Preisausschreiben, Ferienkurse und ähnliches. Theoretisches Wissen ist unerlässlich, praktisches Können aber wird nur durch persönliche geistige Regsamkeit erreicht.

Der Geschäftsbericht für das vierte Geschäftsjahr weist darauf hin, daß die Durchorganisation des Verbandes, der zwölf Landesgruppen umfaßt, noch nicht zum Abschluß gelangt ist. Die berufliche Statistik wird vervollständigt, das Mitgliederverzeichnis geordnet und der Mitgliederwerbung die größte Aufmerksamkeit zugewiesen. Der Verband zählt 931 gegen 736 Mitglieder im Vorjahre. Dem Bildungs- und Prüfungswesen wurde besondere Sorgfalt zugewendet. Sonderlehrgänge für Gartenbeamte wurden auf Veranlassung des Verbandes bei starker Beteiligung in Pillnitz und Geisenheim abgehalten. In Zukunft sollen weitere Lehranstalten für die Abhaltung von kurzfristigen Lehrgängen gewonnen werden. Neben der Erörterung der Hochschulfrage wurde das Prüfungswesen für die Praktiker in Fluß gehalten. Da die Gartenmeisterprüfung bisher nur in Württemberg und Sachsen eingeführt ist, wurden entsprechende Eingaben den zuständigen Instanzen unterbreitet. Daneben wurde den Besoldungs- und Dienstbezeichnungsangelegenheiten, den Gartenbaukammern, den Organisationsfragen, den Behördenbetrieben und den Kleingartenämtern besondere Aufmerksamkeit zugewendet.

Erstattung von Lohnsteuer.

Frist zur Antragstellung bis 31. Dezember 1925 verlängert.

Durch die Neuregelung des Steuerabzuges vom Arbeitslohn haben die Lohnsteuerpflichtigen in bestimmten Fällen einen Rechtsanspruch auf die Erstattung bereits gezahlter Lohnsteuerbeträge erhalten. Für das Jahr 1924 besteht dieser Anspruch in zwei Fällen, erstens bei Verdienstausschlag infolge Erwerbslosigkeit und zweitens beim Vorliegen besonders wirtschaftlicher Verhältnisse des Steuerpflichtigen (Krankheit, Unglücksfall u. dgl.). Danach besteht in allen den Fällen, in denen der steuerfreie Betrag nicht in

voller Höhe gutgebracht ist, ein Recht auf Rückerstattung der zuviel abgezogenen Lohnsteuer. Dieser Anspruch besteht ohne Rücksicht auf die Höhe des Arbeitslohnes und des bestehenden sonstigen Einkommens.

Ursprünglich sollte die Frist zur Einbringung solcher Anträge an das Finanzamt am 31. Juli ablaufen. In dem Einkommensteuergesetz, das der Reichstag jetzt verabschiedet hat, ist aber auf Antrag der Sozialdemokratie die Frist bis zum 31. Dezember 1925 verlängert worden. Es ist also hinreichend Zeit gelassen, damit die Gewerkschaften und Betriebsräte die Anträge und erforderlichen Unterlagen sammeln und gemeinsam an das Finanzamt einreichen können. Es liegt im dringenden Interesse aller Lohnsteuerpflichtigen, daß von der Möglichkeit zur Erstattung von zuviel gezahlten Lohnsteuerbeiträgen weitestgehender Gebrauch gemacht wird.

Es empfiehlt sich, diese Anträge etwa in der Form zu stellen, die das nachfolgende Formular enthält, das von verschiedenen Finanzämtern für solche Zwecke ausgegeben worden ist:

An das Finanzamt in

Auf Grund des § 10 des Steuerüberleitungsgesetzes vom 29. Mai 1925 beantrage ich eine Erstattung von Einkommensteuern für das Kalenderjahr 1924.

(Familienstand: verheiratet — ledig — verwitwet — Kinder ohne eigenen Erwerb.)

Folgende Angehörige werden vom Antragsteller ohne ausreichende Mittel unterhalten

Der Verdienst im Jahre 1924 wurde geschmälert durch Krankheit, Invalidität, Unglücksfälle welcher Art?

Höhe der dadurch entstandenen Ausgaben oder Ausfälle? Ist der Antragsteller dauernd erwerbsvermindert durch Kriegsschädigung, Invalidität oder Unfall? Wieviel Prozent?

Im Jahre 1924 erwerbslos gewesen: vorn: Beschädigt gewesen

vom bis	bei welchem Arbeitgeber	Verdienst in dieser Zeit	Einbehalten-ner Steuerbetrag in dieser Zeit	Bemerkungen

Insgesamt 1924:

(Unterschrift.)

(Wohnung, Wohnort.)

Die Bauarbeiter kämpfen für die Gesamtarbeiterschaft.

Seit Wochen stehen die Bauarbeiter in einem schweren Kampf. Ein Teil steht im Streik, der größere Teil ist von den Unternehmern ausgesperrt, weil er sich weigert, den Neunstundentag und eine größere Lohnspanne zwischen Gelernten und Ungelernten anzuerkennen und weil er außerdem Ferien, wie sie bisher im Reichstarif vorgesehen waren, fordert. Heute, am 14. August, stehen 75 000 Arbeiter im Kampf. In einigen Tagen kann diese Zahl hunderttausende betragen, weil die Unternehmer die Gesamtaussperrung androhen.

Zu diesem bedeutsamen Kampf nahm der am 12. und 13. August tagende Bundesausschuß des ADGB. Stellung und faßte einstimmig folgende EntschlieÙung:

„Die baugewerbliche Arbeiterschaft steht zu vielen Zehntausenden im Kampfe um die Durchführung einer menschenwürdigen Lebenshaltung, insbesondere aber gegen die von dem Unternehmerbund geforderte Verlängerung der Arbeitszeit. Die baugewerbliche Arbeiterschaft führt den Vorkampf um die Aufrechterhaltung des Achtstundentages, und sie hat diese Stellung bisher in fast allen Bezirken des Reiches halten können. Nun will der Unternehmerbund des Baugewerbes gedrängt und gestützt von den Industriellen, zum Großkampf übergehen. Der Unternehmerbund droht mit der Aussperrung aller Bauarbeiter im ganzen Reich, wenn nicht die Bauarbeiterverbände die bestehenden Streiks aufheben und die Arbeiter bedingungslos zur Arbeit zurückkehren. Das Ziel des Unternehmerbundes ist, die Bauarbeiterverbände zum Abschluß eines Reichstarifvertrages zu zwingen, in dem die Arbeiterverbände auf den Achtstundentag, auf Ferien und auf weitere Lohnerrhöhung verzichten und sich mit sonstigen Verschlechterungen gegenüber dem früheren Reichstarifvertrag einverstanden erklären.

Der Bundesausschuß nimmt Kenntnis von dem Stand der Dinge und spricht der baugewerblichen Arbeiterschaft und den führenden Organisationen seine vollste Sympathie aus. Sollten die der Bau-

arbeiterschaft aufgezungenen Kämpfe von den dem ADGB. angeschlossenen Bauarbeiterverbänden nicht aus eigener Kraft durchgeführt werden können, so ist der ADGB. bereit, zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter nach bester Möglichkeit beizutragen. Der Bundesausschuß beauftragt den Bundesvorstand, gegebenenfalls die erforderlichen Maßnahmen zu veranlassen und durchzuführen.“

Dieser Beschluß wird von allen Gewerkschaftsmitgliedern begrüßt. Wir hoffen aber auch bestimmt, daß auch jedes Mitglied bereit ist, Opfer für diesen Kampf auf sich zu nehmen, wenn die Verschärfung des Kampfes eintritt. Der Sieg der Bauarbeiter ist unser Sieg, ihre Niederlage unsere Niederlage! Ohne Übertreibung! Jeder muß sich bewußt sein, daß, wenn die Bauarbeiter, die bestorganisierte Gruppe der Gewerkschaften, den Kampf verlieren, alle andern Berufe ihre Bewegungen ohne Erfolg oder nur unter größten Schwierigkeiten durchführen können.

Darum haltet Euch bereit, praktische Solidarität zu üben. Der Übermut des Unternehmertums muß gebrochen werden.

Ein Kampfprogramm des ADGB.

Der Bundesausschuß des ADGB. beschäftigte sich auf seiner Tagung am 12. und 13. August eingehend mit der Wirtschaftslage und faßte am Schluß der Aussprache einstimmig folgende EntschlieÙung:

„Die jetzige wirtschaftspolitische Lage in Deutschland ist gekennzeichnet durch das hemmungslose Streben großer Teile des Unternehmertums in Handel, Industrie und Landwirtschaft, ihre Gewinne nicht nur im Wege des wirtschaftlichen Kampfes, sondern auch im Wege der Gesetzgebung in eigennützigster Weise zu steigern, unbekümmert um die dadurch bedingte Schädigung der ohnehin unzulänglichen Lebenshaltung der Arbeiterklasse.

Diese wirtschaftspolitische Situation wird grell beleuchtet durch die Denkschriften des Unternehmertums an die Regierung, durch Nichtbeachtung verbindlich erklärter Schiedssprüche, durch Massenentlassungen von Arbeitern zum Zwecke des Lohndrucks, durch die fortgesetzten Angriffe auf den Achtstundentag, auf die soziale Gesetzgebung, auf die Rechte der Betriebsräte, auf alle Errungenschaften der Arbeiter und durch die vom Unternehmertum des Baugewerbes angedrohte Generalaussperrung der gesamten Bauarbeiterschaft; ferner durch die ungenügende Erhöhung des steuerfreien Lohn- und Gehaltsteiles, durch die gesetzliche Erhöhung der Wohnungsmieten, vor allem aber durch die Behandlung der Zollvorlage im Reichstag.

Mit zunehmender Deutlichkeit begünstigen der Reichskanzler Dr. Luther und die jetzige Regierung das gewinnsüchtige und eigennützige Machtstreben des Unternehmertums. Die Zollvorlage als Produkt dieser Regierung, ihre Behandlung durch die Regierungsorgane, die Geringschätzung der Gutachten hervorragender Wirtschaftswissenschaftler, die Nichtbeachtung der Notrufe und Proteste der Arbeiterschaft, die Einstellung der amtlichen Schlichtungsstellen, die vielfach in der einseitigsten Weise nur die Unternehmerwünsche berücksichtigen — das alles zeigt, wie sehr die jetzige Regierung in den Kurs des Unternehmertums eingeschwenkt ist.

Durch die preissteigernden Wirkungen der Zollgesetzgebung wird die Lebenslage der Arbeiterschaft unerträglich verschlechtert. Die Erhöhung der Wohnungsmiete trifft besonders schwer die unbemittelte Bevölkerung der Kleinwohnungen. Die Heraufsetzung des steuerfreien Einkommens von 60 Mark auf 80 Mark, die Ermäßigung der Umsatzsteuer von 1½ auf 1 Prozent bringen keine Erleichterung, denn sie sind durch die starke Erhöhung der indirekten Steuern auf Genussmittel mehr als aufgehoben. So bleibt die Zollvorlage mit ihrer ganzen Schwere und in vollem Umfange als Belastung des Arbeiterhaushalts bestehen. Das ist eine für die Arbeiterschaft unmögliche Situation.

Indem der Bundesausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes diese Tatsache feststellt, richtet er an die Arbeiterschaft die Aufforderung, sich fester denn je in den Gewerkschaften zusammenzuschließen, um in erfolgreichen Wirtschaftskämpfen die Grundlage ihres Lebens zu sichern.“

Mit dieser EntschlieÙung ist die einzig mögliche Konsequenz aus der gegenwärtigen Situation gezogen: Kampf, entschlossener und mit Nachdruck geführter Kampf um Reallohn, die den von der Rechtsregierung eingeführten Teuerungsfaktoren voll Rechnung tragen. Dabei werden die Gewerkschaften auf sich allein gestellt sei, denn von Seiten der Regierung ist nicht einmal Verständnis für die bedrängte Lage der Arbeiter zu erwarten. Darum gilt es jetzt, die Front zu stärken, die Kampftruppen zu sammeln und für den nötigen Kampffonds zu sorgen.

Als Pythagoras seinen bekannten Lehrsatz entdeckte, brachte er den Göttern eine Hekatombe dar. Seitdem zittern die Ochsen, so oft eine neue Wahrheit an das Licht kommt, Ludwig Börne.

Der Schutzzoll und seine Lösung im Gartenbau.

Eine periodische Krankheit der deutschen Junker ist das Verlangen nach einem Schutzzoll für ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse, von der sie alle 12 Jahre ergriffen werden. Die letzte Schutzzollbewegung war im Jahre 1912, die vorletzte im Jahre 1902, und soeben hat der erneute Kampf für oder gegen den Schutzzoll mit seinem Sieg geendet. In diesem großen Kranz der Schutzzollforderer hatten sich auch die deutschen Gartenbaubetriebe eingefunden. Sie fühlen sich geschmeichelt, daß die Landwirtschaft sie als ihresgleichen ansieht und sind seit langem bemüht, ihren Betrieben den gewerblichen Charakter abzusprechen. Durch eine gesetzliche Anerkennung ihrer Betriebe als landwirtschaftliche erhoffen sie die Vorteile der langen Arbeitszeit der Landwirtschaft und deren vom Staate geübte Berücksichtigung in Steuerfragen. Aber genau so, wie ein Maurer, der mit Ziegeln arbeitet, noch lange kein Ziegeleiarbeiter ist, genau so haben die Gartenbaubetriebe keinen Anspruch darauf, ein landwirtschaftlicher Betrieb zu sein, denn das Arbeiten mit Erde in Töpfen usw. hat mit der Landwirtschaft gar nichts zu tun!

Durch die Verlängerung der Arbeitszeit wird die Flucht aus dem Gärtnerberuf erhöht, die Lust, Gärtner zu werden, wird vielen vergehen. Und wann soll sich der junge Gärtner ausbilden, wenn er bis zur vollständigen Erschöpfung seiner Arbeitskraft schuften muß?

Die Schutzzollfrage läßt sich nicht mit leeren Redensarten erledigen, denn die Meinung des Einzelnen muß vor den historischen Tatsachen zurückstehen, die in nachfolgenden Fragen behandelt werden sollen.

1. Welche volkswirtschaftlichen Ziele werden mit dem Verlangen nach Schutzzoll verfolgt?

2. Wie wirkt der Schutzzoll auf das wirtschaftliche Leben eines Volkes?

Die beste Aufklärung bringt der Getreidezoll. Nach 1871 kam der erste Getreidezoll, denn man wollte sich vom Auslande unabhängig machen. Die Agrarschutzzölle sollten den Ansturm der ausländischen Konkurrenz solange aufhalten, bis sich die einheimischen Produzenten den neuen Verhältnissen angepaßt hatten. Und siehe da! Seit Einführung der Getreidezölle stieg die Rentabilität des deutschen Getreidebaues auf Kosten der getreideverbrauchenden deutschen Bevölkerung! Bodenpreise und Fleischpreise schnellten in die Höhe. Dieses Streben der Vorkriegsregierungen, die Einnahmen des getreidebauenden Großgrundbesitzes — auf Kosten des Reiches — zu steigern, verdankte das deutsche Volk das System der Einfuhrscheine, die einer Exportprämie gleich waren. Und die Roggenausfuhr aus Deutschland stieg!!! Im Jahre 1889 betrug die Ausfuhr aus Deutschland 230 000 Tonnen; die Einfuhr 914 000 Tonnen. Im Jahre 1912 betrug die Einfuhr nach Deutschland 316 000 Tonnen, die Ausfuhr aus Deutschland aber 797 000 Tonnen! Das Ausland konnte den deutschen Roggen und deutschen Zucker billiger beziehen als der deutsche Konsument, der das Brot genau so teuer wie nach einer Mißernte bezahlen mußte! Und der deutsche Konsument bezahlte diesen Tribut an die Ostelbier, willig und mit der Geduld, die die Tugend der Deutschen und der Schildkröten ist! Nahezu 90 Prozent der deutschen Bevölkerung müssen Getreide kaufen! Die kinderreichen Familien sind die größten Brotverbraucher! Und dabei soll die große Zollvorlage erst noch kommen!

Im Jahre 1923 hatte die deutsche Landwirtschaft eine glänzende Getreideernte und das deutsche Volk erlebte zur selben Zeit das größte wirtschaftliche Elend, die Not des Volkes wurde von den Junkern ausgebeutet! Der Roggen stieg bis auf 15 Billionen Mark! Im Osten des Reiches entstanden Silospeicher, großartige Neubauten, in Autos und Maschinen wurden die Gewinne angelegt, so daß die Junker durch den Geldverfall keinen Schaden erlitten. Nach Einführung der Rentenmark kürzten die Großgrundbesitzer das Deputat ihrer Arbeiter um ein Viertel; sie setzten das Deputatgetreide von 46 Zentnern jährlich auf 32 Zentner, das bisherige Brennholz von 20 Meter jährlich auf 14 Meter herab und verbot den ihren Arbeitern die Schaf- und Gänsehaltung; den baren Lohn setzten sie auf 5—7 Rentenmark pro Monat fest. Dafür wurde aber die Arbeitszeit verlängert! Die Zeiten der Arbeitsgemeinschaft, die sie gleich nach der Revolution aus Feigheit und Angst, gegründet haben, sind vorüber! Stärker denn je ist die Frechheit der Reaktion!

Wohl war 1924 eine Mißernte. Aber trotzdem macht sich eine Extensivierung in der Landwirtschaft bemerkbar. Im Jahre 1914 wurden 14 Millionen Tonnen Brotgetreide erzeugt, und im Jahre 1923, mit dem reichsten Erntesege, nur 9 Millionen Tonnen. Nur Intensivierung bis zu einem bisher noch nicht erreichten Maße kann allein unserer Landwirtschaft helfen! Der Schutzzoll wird das deutsche Volk ganz der Gnade der Junker ausliefern, die Lebenshaltung des kleinen Mannes verteuern und die Junker schneller denn je bereichern!

Warum klagen die deutschen Gärtner, die ohne Ausnahme ein Jahr der Hochkonjunktur hinter sich haben, so sehr? Ihnen kam der Appetit beim Essen! Durch geschickte Vertreter haben sie es verstanden, ihre Steuern erheblich zu mildern. Niemals ist

es dem deutschen Gartenbau so gut gegangen, wie im Vorjahre! Vom äußersten Osten bis zum äußersten Westen, von Nord bis Süd, erneuerten sie ihre Kulturhäuser und bauten ganz neue auf. Aus welchen Mitteln schöpften sie ihren Reichtum? Etwa aus dem Defizit der Inflationszeit?

Die deutschen Gartenbaubetriebe wollen für ihre Erzeugnisse den Schutzzoll, damit die Auslandskonkurrenz vom Innenhandel fortgehalten wird, aber selbst wollen sie exportieren! Sie erzählen in ihren Katalogen den ausländischen Firmen: „*Permis d'importation n'est plus nécessaire*“, d. h. Einfuhrbewilligungen sind (für euch) nicht mehr nötig! Sie gründen Filialen im Auslande, um mit geringen Unkosten den Auslandsmarkt zu erobern! Aber die Konkurrenz des Auslandes darf nicht dasselbe tun! Sie haben es noch nicht begriffen, daß das Wirtschaftsleben eines großen Volkes sich überhaupt nicht in den Grenzpfählen des betreffenden Landes abspielt, es ist beeinflußt durch die politischen und wirtschaftlichen Vorgänge der ganzen Welt! Auch die Lebenshaltung eines einzelnen Mannes von bescheidenen Ansprüchen, von bescheidenen Mitteln macht ihn zum Kostgänger der Produktion der ganzen Welt!

Gewiß, Holland, Belgien, Frankreich, Italien sind klimatisch bevorzugte Länder. Die technische Organisation des holländischen Gartenbaues befindet sich auf der Höhe, das gleiche zu erreichen, ist die Pflicht der deutschen Gartenbaubetriebe. Ost- und Westfriesland haben dasselbe Klima wie Holland! Gewiß, 90 Prozent der holländischen Produktion fließen nach Deutschland, der Deutsche zieht eben billigere Ausländerzeugnisse den teuren einheimischen Produkten vor, besonders der deutsch-nationale Junker trinkt den Wein des Franzmanns gar zu gerne! Der deutsche Gärtner ist viel zu kleinlich, um für seine Erzeugnisse Reklame zu machen. Bei einer Hortensienschau sagte das Publikum in Gegenwart des Züchters: „Diese Blumen sind aus Amerika“. Das freute den Aussteller so sehr, daß er für seine Ware gleich den dreifachen Preis nahm. Und wurde nicht durch den hohen Preis des holländischen Gemüses der Preis für deutsches Gemüse ebenfalls gehoben? Ist nicht deutsches Obst, in amerikanischen Körbe verpackt, dem deutschen Kaufmann als amerikanisches Obst verkauft worden? Der deutsche Gartenbauer hat, wenn er nicht schlief, von seinem Auslandskonkurrenten bisher nur Nutzen gehabt. Pelargonien kosteten 1913 25 Pf. pro Stück, heute aber 2 bis 5 M.

Solange die Produktion irgendeines Stoffes im eigenen Lande nicht reicht, um das ganze Volk zu versorgen, führt der Schutzzoll zur Aushungerung der ärmeren Bevölkerung und zur Bereicherung der Produzenten! Der Schutzzoll wird eine Erhöhung der Gemüsepreise bringen, die Konsumenten werden ihren Einkauf einschränken, der Verdienst der Züchter wird derselbe bleiben, die Sorge um Absatzgebiete größer, zahlreiche kleine Gemüsegärtnereien werden ihre Pforten schließen müssen, denn der geringe Nährwertgehalt des Gemüses rechtfertigt eine Preissteigerung nicht!

Die Förderung des deutschen Gemüsebaues führt zum Massen-anbau, zur Bildung von Gemüsegenossenschaften in Gegenden, deren mildes Klima, geschützte Lage, guter, tiefer, fruchtbarer Boden mit reichlicher Bewässerung sich zum Gemüsebau eignen. Intensive Bodenverbesserung und -bearbeitung, Kultivierung nach holländischem Muster unter Glas, Entwässerung und Bewässerung werden erst dann billig, wenn diese in größerem Maßstabe, vor allen Dingen gemeinsam vorgenommen werden! Gemeinsame Flurbereinigung und Bewässerung, wechselnde Aushilfe mit Maschinen zur Bodenbearbeitung, gemeinsame Verkaufsgenossenschaften! Grundstücke in Erbpacht, Frachtermäßigung auf Kunstdünger, Staatliche Wasserwerke zur Bewässerung der Gemüsegelder; Abgabe des Wassers gegen mäßiges Entgelt. Solcher intensive Gemüsebau würde die Urbarmachung wüster Ländereien und der Moore zur Folge haben, tausende von Menschen bekämen Arbeit. Millionen würden sich am Genusse des billigen, frischen, einheimischen Gemüses erfreuen!

Erst dann, wenn fruchtbares Erdreich überreichlich gewonnen, wenn Gewähr vorhanden ist, den Bedarf des ganzen Landes mit Gemüse zu decken, könnte man durch geeignete Mittel der Einfuhr Abbruch tun!

Franz Michaelis.

Blumengeschäfte

Verbandstag des V. D. B. und Zentraltarif.

Vom 20.—24. August findet in Frankfurt a. M. der Verbandstag der Blumengeschäftsinhaber innerhalb der dort üblichen umfangreichen Festlichkeiten statt. Bei einem Punkte der Tagesordnung wird man sich auch mit dem „Zentraltarifverträge“ beschäftigen, den der Vorstand in anerkennenswerter Vorsicht uns bereits angekündigt hat. Bei der Einstellung dort maßgeblicher Herren rechnen wir damit, daß entweder ein erneuter Abschluß des Tarifvertrages glatt abgelehnt wird oder Bedingungen aufgestellt werden, die uns den Abschluß unmöglich machen.

Darauf läßt u. a. ein Antrag Stettin schließen, der alle Lehrlingsbestimmungen aus dem Zentraltarif entfernt wissen will und

in seiner Begründung die unwahre Behauptung aufstellt, es sei in keinem andern Beruf üblich, daß Bestimmungen über Löhne usw. tariflich getroffen würden. Wahrscheinlich, um diesem Antrage mehr Gewicht zu verleihen, versucht sich ein Herr Mallwitz, Stettin, in Nr. 30 seiner Verbandszeitung als Schriftsteller und Pädagoge. Während er im Anfang seines Artikels zugesteht, daß die bisherige Übung seiner Herren Kollegen, Lehrlinge einzustellen und auszubilden (oder auch nicht), so wie es jeder für richtig befindet, dem Beruf nicht gerade zum Vorteil gereichte, kommt er ohne jeden logischen Zusammenhang und ohne auch nur den Versuch einer Beweisführung zu dem Schluß: „Um den Lehrling zu veranlassen, dahin zu streben, seinen Lehrherrn zufriedenzustellen, wäre es m. E. notwendig, alles, was das Lehrwesen betrifft, aus dem Zentraltarif zu streichen.“ Denn, so begründet Herr M. seinen Purzelbaum, „wenigstens beim Lehrling muß es dem Chef möglich sein, um die Arbeitsfreudigkeit und das Interesse zu steigern, die Entschädigung so zu zahlen, wie er es für richtig befindet.“ Aber bester Herr Mallwitz, hat Sie denn seit Bestehen des Tarifvertrages schon jemals jemand gehindert, bei erhöhter Arbeitsfreudigkeit auch höhere Entschädigungen zu gewähren, als die Mindestsätze des Tarifs vorsehen? Oder sollten etwa auch Sie zu den komischen Leuten gehören, die da glauben (oder vorgeben), die Arbeitsfreude durch möglichst niedrige Löhne heben zu können?

Sonderbarerweise kommt Herrn M. nicht der Gedanke, die Frage zu stellen, was ist zu veranlassen, um jeden Lehrherrn dahin zu bringen, daß er seine Pflichten dem Beruf und dem Lehrling gegenüber erfüllt, und weiter, was ist zu veranlassen, um eine Weiterbildung der Ausgelernten und ein Verbleiben der Befähigten im Berufe zu erreichen. Doch wollten die Herren Geschäftsinhaber diese Fragen mal durchdenken, dann würden sie grad zu dem Ergebnis kommen, daß dazu ein Tarifvertrag ein recht brauchbares Instrument sein kann, wenn — ja wenn nur der ehrliche gute Wille vorhanden ist, dem ganzen Beruf wirklich zu dienen. Der Verbandstag des V. D. B. wird zu zeigen haben, ob ihm dieser gute Wille beherrscht.

Lehrlings- und Bildungswesen

Abänderung der Bestimmungen über die Obergärtner- und die Gartenmeisterprüfung im Freistaat Sachsen.

Die Fachkammer für Gartenbau in Dresden hat in ihrer ersten Gesamtsitzung beschlossen, die Bestimmungen über die Obergärtner- und die Gartenmeisterprüfung in einigen Punkten abzuändern. Für die Zulassung zur Obergärtnerprüfung war bisher ein Mindestlebensalter von 25 Jahren Bedingung. Diese Bestimmung ist gestrichen worden. Damit wird erreicht, daß frühestens mit 23 Jahren die Obergärtnerprüfung abgelegt werden kann, weil dann die neunjährige Mindestpraxis erfüllt ist. Die Gartenmeisterprüfungsordnung verlangte bisher eine wenigstens zwölfjährige Praxis. Jetzt ist nur noch eine zehn-jährige gärtnerische Tätigkeit Bedingung. Da weiterhin von dem Verlangen eines Mindestlebensalters von 28 Jahren abgesehen wird, kann nummehr nach Bestehen der Obergärtnerprüfung schon mit 24 Jahren die Gartenmeisterprüfung abgelegt werden. Damit ist einem berechtigten Wunsche der gärtnerischen Beamtenschaft Rechnung getragen worden. Im übrigen wird an dem gärtnerischen Fachprüfungswesen, das sich sowohl in seinem grundsätzlichen Aufbau, 1. Gehilfen-, 2. Obergärtner-, 3. Gartenmeisterprüfung, als auch im einzelnen bewährt hat, nichts geändert.

Berichte

Arbeitsjubiläum.

Am 15. August beging unser Mitglied Paul Raatsch sein 25jähriges Arbeitsjubiläum im Dienste der Gartenverwaltung Berlin-Reinickendorf. Wir beglückwünschen unseren Kollegen hierzu und hoffen auch für seine fernere Zukunft alles Gute.

Gartenbaudirektor Ludwig Lesser.

Der Präsident der Deutschen Gartenbaugesellschaft ist vom preußischen Landwirtschaftsminister in das Kuratorium der Lehr- und Forschungsanstalt für Gartenbau in Berlin-Dahlem berufen worden.

Eintausend Mark Mehrverdienst in zwei Monaten.

Bekanntlich werden Tarifverträge deshalb geschaffen, damit sie auch durchgeführt werden. Diejenigen Betriebe, welche glauben, das nicht nötig zu haben, müssen durch die Organisation auf den richtigen Weg gebracht werden, vorausgesetzt, daß die Vorbedingungen dazu vorhanden sind, also, daß das dort beschäftigte Personal organisiert ist.

Folgender Fall soll uns nun zeigen, was sich in dieser Hinsicht in Dortmund abgespielt hat und wie die 1000 Mark Mehrverdienst erzielt wurden.

Dem Tyrannen steht es wohl an, religiöse Ergebung zu predigen und die, denen er auf Erden kein Plätzchen verstaten will, an den Himmel zu verweisen; wir andern müssen verhindern, daß man die Erde zur Hölle macht, um eine desto größere Sehnsucht nach dem Himmel zu erregen.

Johann Gottlieb Fichte.

Die Genossenschaft „Gartenstadt“, Dortmund, unterhält einen Gärtnereibetrieb, hielt es aber nicht für notwendig, den für Dortmund gültigen Tarif anzuerkennen. Da wir nun schon seit Jahren keine Neulinge am Dortmunder Schlichtungsausschuß mehr sind, kam es auf eine Sitzung mehr oder weniger nicht an. Er wurde zwecks Vermittlung angerufen. Am 4. August fand die Verhandlung statt. Ergebnis: „Die Genossenschaft erklärt sich bereit, alle landschaftsgärtnerischen Arbeiten nach den Lohnsätzen des Landschaftertarifes, rückwirkend ab 1. Juli 1925, zu zahlen“.

Die praktische Auswirkung ist nun folgende: Die dort beschäftigten 10 Kollegen verdienen jetzt 2 Mark pro Tag mehr, bei 25 Arbeitstagen macht das für jeden Mann 50 Mark = 500 Mark pro Monat. Pro Woche hat der einzelne Kollege einen Mehrverdienst von 12 Mark. Diese 10 Kollegen haben somit innerhalb 2 Monaten einen Mehrverdienst von insgesamt eintausend Mark.

Nun noch Worte über die Notwendigkeit der Berufsorganisation zu verlieren, würde den Erfolg nur abschwächen. Aber darauf muß hingewiesen werden, daß sicherlich noch recht viel solche Eintausendmark für die Kollegenschaft gerettet werden könnten, wenn alle im Beruf tätigen Kollegen sich unserer Organisation anschließen würden. Paul Zinke, Essen (Ruhr).

Eine Tagung der Vorstände der preußischen Landwirtschaftskammern

fand am 21. Juli in Elmshorn statt. Prominente Vertreter der hollsteinischen und brandenburgischen Kammer hielten umfassende Referate über die Lage der Landwirtschaft, Zölle, Steuern, Kredite und dgl. —, aber von der Gärtnerei, die durchaus ein Bestandteil der Landwirtschaft sein will, ist mit keinem Sterbenswörtchen geredet worden. Die Agrarier betrachten die Gartenbauern lediglich als Stimmvieh und — diese sind zufrieden. Sie wollen es scheinbar gar nicht anders.

Rundschau

Ottillie Baader †.

die Vorkämpferin der deutschen Arbeiterinnenbewegung, ist im Alter von 78 Jahren in Berlin gestorben. Von 1898 bis 1908 war sie Zentralvertrauensperson und auch vielfach für die gewerkschaftliche Agitation tätig. Ihr Andenken wird die deutsche Arbeiterschaft in Ehren halten!

Dem Personalabbau

im Reich ist durch Gesetz vom 4. August ein wohlverdientes Ende bereitet. Nur die Kündigungen, welche vor Erlass dieses Gesetzes ausgesprochen wurden, bleiben in Kraft. Die Länder sind berechtigt, eine den Grundsätzen dieses Gesetzes entsprechende Regelung zu treffen. Wie verlautet, hat das preußische Kabinett bereits beschlossen, den Abbau ebenfalls einzustellen.

Vergebliche Warnung in letzter Stunde.

Der ADGB., der Afabund, der Allgemeine Deutsche Beamtenbund und der Hirsch-Dunckersche Gewerkschaftsring hatten in letzter Stunde noch eine Denkschrift gegen den geplanten Zollwucher an die Reichsregierung gerichtet. Aber vergeblich! Die Rechtsparteien haben mit Hilfe des Zentrums alle Warnungen in den Wind geschlagen, sämtliche Anträge der Zollgegner ohne Debatte mit brutaler Gewalt niedergestimmt und dann die Gesamtvorlage angenommen, nachdem sie noch kurz vorher die Geschäftsordnung geändert und damit die Opposition mundtot gemacht, vergewaltigt haben. Sie sind nicht einmal vor einem Verfassungsbruch zurückgeschreckt, indem sie dieser Regierung die Vollmacht gaben, auch ohne das Parlament zu hören, die Zölle erhöhen zu können. Damit haben sie ihre Ernte in die Scheuern und sind befriedigt in die Ferien gefahren. Die Leidtragenden sind alle Verbraucher, in erster Linie die schlecht bezahlten Arbeiter, auf die alle diese Lasten zurückfallen. Heftige Lohnkämpfe, Verschärfung der sozialen Gegensätze werden die Folge sein. Die Volksgesundheit und damit die Arbeitskraft werden nachlassen, die betroffenen Länder werden auf Repressalien sinnen, die unsern Absatz erschweren; der innere Markt entbehrt infolge niedriger Löhne der nötigen Kaufkraft, kurz, das wirtschaftliche Chaos steht gespenstisch vor der Tür. Wie wollen die Arbeiter diesem Druck standhalten und ihr Recht wahren, wenn sie nicht in der Gewerkschaftsbewegung geschlossen zusammenstehen?

Beruf oder Betrieb?

In einem längeren Artikel des ADGB. über die beste künftige Organisationsform der Gewerkschaften kommt der Verfasser zu

dem Ergebnis, daß der Dißmannsche Vorschlag für Industrieverbände im Endeffekt auf Betriebsorganisationen hinauslaufe.

Alle gewerkschaftliche Erfahrung lehre aber, daß der Beruf die beste Dauerbasis der gewerkschaftlichen Organisation bilde. Aus den Berufen, nicht aus den Betrieben, seien die Gewerkschaften erwachsen. Selbst die Riesenbetriebe schätzen die Arbeiter nach ihrem beruflichen Können, deshalb seien diese auch stets die Avantgarde für Lohnerhöhungen der Ungelernten gewesen. Die Entwicklung vom Handwerk zum Taylor- und Fordsystem wäre noch lange kein Beweis für die Betriebsorganisation, sondern vielmehr für die Einheitsgewerkschaft, zum Schluß heißt es dann: Der ADGB. steht also auf dem Boden der Berufsorganisation und wenn der Bundesvorstand die Entwicklung der Industrieverbände keineswegs hemmen, sondern im Gegenteil durch seine Vorschläge fördern will, so ist er doch himmelweit von jeglicher Anerkennung auch nur des Gedankens an Betriebsorganisationen entfernt. Er erblickt darin den Tod jeder gesunden Gewerkschaftsentwicklung.

Die Aufwandsentschädigung für Beisitzer bei Schlichtungsausschüssen

ist nach einem Erlaß des Reichsarbeitsministers vom 1. Juli wie folgt geregelt:

Bei einer Amtstätigkeit bis zu 2 Stunden 2,50 M., bis zu 4 Stunden 5 M., bis zu 8 Stunden 7,50 M. und bei mehr als 8 Stunden 9 M. Dazu tritt noch das Fahrgeld für Straßenbahn und Eisenbahn 3. Klasse.

Bekanntmachungen

Gau Frankfurt a. M. Sonntag, den 30. August, gemeinsame Besichtigung der Gartenbau-Ausstellung in Ludwigshafen. Abfahrt: Frankfurt a. M. über Worms 8 Uhr, am Haupteingang in Ludwigshafen um 10 1/2 Uhr, am Nordausgang um 2 Uhr. Gemeinsames Mittagessen 2 1/2 Uhr in Stadt Ulm. Spaziergang nach Mannheim,

Begrüßung der Heidelberger Kollegen und Rückfahrt ab Heidelberg 8,30 Uhr abends. Anmeldung wegen Fahrpreisermäßigung, Mittagessen und Eintrittsgeld ist bis 25. August erforderlich.

Die Gauleitung. I. A.: Fritz Fuchs.
Einladung zum Bezirkstag, verbunden mit Dahlienschau in Zittau am Sonntag, den 30. August, für die Oberlausitz und die nordböhmischen Kollegen. Ab vormittags 9 Uhr Empfang der auswärtigen Kollegen. Anschließend Rundgang und Besichtigung der neu geschaffenen Anlagen der Stadt, evtl. Besichtigung des Volksparks im Westpark. Nachmittags 2 Uhr im Vereinslokal „Schützenghaus“ Versammlung. Tagesordnung: 1. Begrüßung durch den Vorsitzenden; 2. Vortrag des Kollegen Haucke-Dresden über „Die deutsche Gärtnerbewegung im Spiegel der Jahrzehnte“; 3. Vortrag des Obergärtners Sonntag-Dresden über „Unsere Dahlien von ihrer Entdeckung bis zu ihrem heutigen Ruf“; 4. Aussprache über das Gesehene und Gehörte. — Ab 5 Uhr gemütliches Beisammensein. Musikalische Unterhaltung, humoristische Vorträge, Blumenverlosung und Ball. Rege Beteiligung erwartet die Ortsgruppe Zittau.

Einladung zum Bezirkstag in Glauchau am Sonntag, den 6. September für Südwestsachsen und das Erzgebirge. Ab vormittags 9 1/2 Uhr Empfang der auswärtigen Kollegen am Bahnhof. Anschließend Besichtigung der Stadt und ihrer Umgebung. Nachmittags 2 1/2 Uhr im Vereinslokal „Gerichtsschänke“ Versammlung. Tagesordnung: 1. Begrüßung durch den Vorsitzenden; 2. Vortrag des Kollegen Haucke-Dresden über „Die gewerkschaftlichen Aufgaben der gärtnerischen Arbeitnehmer einst und jetzt“; 3. Vortrag des Obergärtners Kirste-Dresden über „Die Rose in ihrem Entwicklungsgang“. — Anschließend gemütliches Beisammensein. Zahlreichen Besuch erwartet die Ortsgruppe Glauchau.

Sterbetafel

Am 19. Juli erkrankte beim Baden das Mitglied der Ortsverwaltung Stettin, der Kollege **Otto Lukas**, Finkenwalde bei Stettin. Ehre seinem Andenken!



DEUTSCHE GARTENBAU-AUSSTELLUNG LUDWIGSHAFEN A/RH



Gärtner-Lehranstalt Oranienburg bei Berlin

Gegründet 1897

Viersemestrige Fachschule der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg und für Berlin (auch für Absolventen anderer zweisestr. Schulen)

Beginn des Wintersemesters Anfang Oktober.

1. Allgemeiner Lehrgang für Gehilfen (2 Semester).
2. Höherer (Techniker-) Lehrgang (weitere 2 Semester).
3. Vorbereitungskursus (1 Semester in Elementarfächern).
4. Praktische Ausbildung in der Versuchs- und Lehrgärtnerei der Gärtner-Lehranstalt (52 Morgen Areal, Gärtnerei, Obstplantage, Gartenanlagen).

Der Unterricht wird erteilt von 4 Gartenbaulehrern, 4 wissenschaftlichen Lehrern, 1 Elementarlehrer u. 2 Hilfslehrern. Preiswerte Verpflegung im Intern. Prospekte u. alles Nähere durch die Direktion.

Ehepaar

kinderlos, durchaus zuverlässig, mit besten Zeugnissen und Referenzen, als **Gärtner** und **Köchin** für größeren Villenhaushalt bei Berlin zu bald. Antritt gesucht. Ausführliche Angebote an **Baronin Ropp, Grünheide Mark.**

Lehranstalt für Obst- und Gartenbau Proskau O.-S.

der Landwirtschaftskammer Schlesien

Aufgabe der Anstalt:
Gärtnergehilfen eine zeitgemäße theoret. Ausbildung und praktische Weiterbildung zu vermitteln.

Aufnahme: Anfang April und Anfang Oktober.

Dauer des Lehrganges: 1 Jahr.

Schulgeld und Pension: (Internat) z. Zt. jährlich 350,— M.

Prospekte und weitere Auskunft kostenfrei durch die Direktion

Inserate in der „Allgem. Deutschen Gärtner-Zeitung“ haben großen Erfolg

Ab Fabrik

prima Jute-Säcke in bester Ausführung

f. 1 Ztr. 1 1/2 Ztr. 2 Ztr. Schwergetreide

mittelschwer 83 Pf. 98 Pf. 113 Pf.
schwer m. Strf. 117 Pf. 139 Pf. 160 Pf.
Drell m. Strf. — 170 Pf. —

p. Stck.

Postsendungen und Nachnahme
Sonderheiten: Schatten-, Verpackungsleinen — Strohecken — Bindfaden sowie sämtliche Seilerwaren

Gebr. Koch, Quedlinburg A. G.
Sack-, Plan- und Decken-Fabrik

Bei Einkäufen bitten wir, die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen.

Bei Bestellungen oder Anfragen bei unseren Inserenten bitten wir, stets auf die „Gärtner-Ztg.“ Bezug nehmen zu wollen!

Holländische Blumenzwiebeln

aus unseren eigenen Züchtungen in Holland empfehlen:

J. W. Beissenbusch, Komm.-Gef. Dorsten i. W.

*

Preisverzeichnis werden auf Wunsch zugesandt